

Postulat Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold, Béatrice Stucki, Raymond Anliker, SP): Transparenz in Politik, Wirtschaft und Verwaltung: Offenlegung von Ämtern, Mandaten, Arbeitszeit und finanzieller Abgeltung für Kaderleute

Parteien, Organisationen und Verbände sind darauf angewiesen, an ihrer Spitze engagierte, bekannte und kompetente PolitikerInnen zu wissen, die ihre Interessen wirkungsvoll vertreten. Es liegt auf der Hand, dass gerade Mitglieder des Bundesparlaments und prominente Mitglieder aus Exekutiven von Kantonen und grösseren Gemeinden vielfach neben ihrem Mandat auch in Verwaltungsgremien Einsitz nehmen, z.T. mit finanzieller Abgeltung. Aber auch Spitzenleute aus der Verwaltung und der Wirtschaft engagieren sich in der Politik oder nehmen in Verwaltungsgremien Einsitz. Es ist nicht a priori schlecht, wenn sich Menschen in verschiedenen Bereichen für die Gesellschaft engagieren. Es ist jedoch notwendig, dass volle Transparenz geschaffen wird, wer wo welche Funktionen innehat und wie gross der Arbeitsaufwand und die finanziellen Abgeltungen insgesamt sind. Mögliche Interessenskonflikte müssen erkannt und wenn nötig beseitigt werden können.

Zur Schaffung von mehr Transparenz betreffend Doppel- und Mehrfachmandaten, zur Offenlegung von Cheflöhnen und finanziellen Abgeltungen von Verwaltungsratsmitgliedern, CEO's und wichtigen Posten und Ämtern sowie für die Beurteilung, ob Interessenskonflikte bestehen und allenfalls Massnahmen notwendig sind, braucht es klare Regelungen.

Wir fordern den Gemeinderat der Stadt Bern deshalb auf zu prüfen und dem Stadtrat Bericht zu erstatten,

1. Welcher rechtliche Spielraum besteht, um Doppel- und Mehrfachmandate von Regierungs- und Parlamentsmitgliedern zu erfassen und öffentlich zu machen (Funktion, Arbeitsgeber, zeitlicher Aufwand und finanzielle Abgeltung).
2. Welcher rechtliche Spielraum besteht, um Doppel- und Mehrfachmandate von Chefbeamten und -beamtinnen, Kaderleuten und Verwaltungsratsmitgliedern zu erfassen und öffentlich zu machen (Funktion, Arbeitsgeber, zeitlicher Aufwand und finanzielle Abgeltung).
3. Welche diesbezüglichen Regelungen heute beim Kanton Bern und beim Bund bestehen und inwieweit diese für die Stadt übernommen werden können.
4. Wie im Falle von Interessenskonflikten vorgegangen werden soll.

Bern, 18. August 2005

Postulat Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold, Béatrice Stucki, Raymond Anliker, SP), Andreas Zysset, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Gisela Vollmer, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Beni Hirt, Sarah Kämpf

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist bereit, die Anliegen der Postulantinnen und Postulanten zu prüfen. Er wird hierzu allfällig vorhandene kantonale oder Bundesvorschriften auf ihre Anwendbarkeit auf städtische Verhältnisse prüfen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 15. Februar 2006

Der Gemeinderat